

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt a. M. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Canton Schaffhausen 2. 45 fr. — 3) in Wimpfen 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitdruck oder deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerichmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt

Ueber die Schrift: „Das neue deutsche Reich und die kleineren deutschen Staaten.“

Deutschland. Frankfurt (Die oldenburgische Regierung und der hannoversch-amerikanische Handelsvertrag. Senator v. Mayer +). Olmütz (Bom Hof. Ministerialrath. Die Reichstagsfrage). Berlin (Wahl- und Parteigetriebe). München (Angebliche Infraktion des bayerischen Bevollmächtigten betreffs der Grundrechte). Hannover (Blutige Kauterei in Silbeseim). Göttingen (Adresse des Bürgervereins betreffs der Grundrechte). Rotenburg (Adresse an das hannoversche Ministerium in der Oberhausfrage). Stuttgart (Aus der zweiten Kammer). Freiburg (Gegen Kr u v. Strube der Anklageprozess erkannt). Darmstadt (Der Großherzog krank). Mainz (Unglücksfall Theatercravall). Schleswig (Bauernaufstände im Norden. Dänische Uebergriffe. Die Duarantane in Kolding). Altona (Dänische Feindseligkeiten und Uebergriffe). Detmold (Erreife der „Korben“).

Schweiz. Bern (Urcuben im Jura).

Frankreich. Paris (Nationalversammlung. Verbot der Clubs. Bauernaufstände im Süden. Vorküßmaßregeln der Regierung. Reduktion der Mobilmade. Truppensendung nach Algier).

Spanien. Madrid (Reorganisation der Ferdinandbank).

Großbritannien. London (Cabinet. etc.). Die Courtes.

Nachricht.

Börsenberichte.

Ueber die Schrift: „Das neue deutsche Reich und die kleineren deutschen Staaten.“

Es ist hier eine kleine Flugschrift unter obenstehendem Titel erschienen, die uns der Aufmerksamkeit werth scheint, sowohl wegen ihres mutmaßlichen Verfassers, der durch seine Stellung von den Ansichten höchst einflussreicher Personen unterrichtet sein kann, als wegen ihres Inhaltes. Der Hauptzweck dieses Schriftchens ist die Nothwendigkeit der Fortexistenz der kleineren deutschen Staaten, zugleich aber auch die Möglichkeit ihrer Einschaltung in das zu errichtende Bundesgebäude darzutun. Den Beweis des ersteren Sages können wir nicht als gelungen betrachten, während wir gerne zugeben wollen, daß der zweite unter der von dem Verfasser selbst bezeichneten Modalität der Verschmelzung derselben in größere Staatencomplexe ausführbar erscheint. Die Gründe, welche er zur Vertheidigung der kleineren Staaten anführt, sind zum Theil eigenthümlicher Natur. So meint er, daß es die kleinen deutschen Staaten gewesen seien, welche durch Begünstigung oder vielmehr Duldung einer größeren Pressefreiheit, durch successive Umwandlung ihrer landständischen Verfassungen in repräsentative, durch Gewährung freisinniger Institutionen den Märzrevolutionen vorgearbeitet und sie gleichsam groß gezogen hätten, und daß es daher eben so undankbar als grausam sein würde, sie zum Lohn dafür ihrer Existenz zu berauben. Er rühmt die kleinen Staaten als die Pflanzstätten der Kunst und Wissenschaften, schwärmt für die begeisterten Ufer der Ilm, an denen es sich so gut über die einige Macht und offene Geselligkeit Deutschlands dichten lasse; dabei hält er die kleineren Staaten für den notwendigen Cement, um die großen Staaten, deren Centrifugalkraft unverkennbar sei, zusammenzuhalten, und kann sich keinen großen mächtigen Kaiser denken, ohne Fürsten niederen Ranges, die sich ihm mit unerschütterlicher Treue anschließen und stets bereit sind für die deutsche Sache in die Schranken zu treten. Bei diesen Ausführungen hat er vorzüglich einige im Monat October des verflossenen Jahres in diesen Blättern veröffentlichte Aufsätze über die Mediationsfrage im Auge, denen er hinterhältige Gedanken unterschiebt. Was das letztere betrifft, so können wir den Verfasser vollkommen beruhigen. Jene Artikel sind in der reinsten Absicht und aus wahren Wohlwollen für die kleineren fürstlichen Dynastien geschrieben worden, und wir befürchten, daß sie, ehe lange Zeit vergeht, ihre volle Rechtfertigung erhalten werden. Wir waren der Ansicht, und sind es noch, daß für jene fürstlichen Häuser die Erhaltung ihres angestammten Familienvermögens einen größeren Werth gehabt haben würde, als die staatliche Fortexistenz der von ihnen regierten Ländchen, die künftighin demnach keine eigentliche, sondern nur eine scheinbare sein wird und sein kann. Als völlig untergeordnet dürfte betrachtet werden, wie und auf welche Weise über die Souveränitätsrechte dieser Fürsten verfügt werden würde, insofern nur die Einheit und Macht Deutschlands dadurch eine Verstärkung und keine Schwächung erhält. Aus dem Grunde sind auch ohne Anstand die von verschiedenen Verfassern herrührenden im Grundzuge, wie in der Schlussfolgerung zum Theile weit auseinandergehenden Ansichten über diese Frage aufgenommen, und der allgemeinen Prüfung und Würdigung übergeben worden. Seitdem hat diese Angelegenheit theilweise ihre Erledigung erhalten, indem die Reichsversammlung alle auf die Mediation der kleineren Staaten abzielenden Vorschläge vor der Hand beseitigte; allein gerade dadurch, hat sie das Schicksal jener fürstlichen Häuser nur noch ungewisser und schwankender gemacht. Sich selbst überlassen, sind sie der

Entwicklung ihrer inneren Verhältnisse Preis gegeben, und daß diese keine erfreuliche ist, zeigt die tägliche Erfahrung. Allerwärts sind die Fürsten zu Abtretung ihres Hauptvermögens gegen eine jährliche Civilliste gezwungen worden, oder stehen im Begriffe, es zu sein, und für die Erhaltung desselben ist keine Bürgschaft vorhanden. Es läßt sich im Gegentheile vorhersehen, daß nachdem von den Landständen jener Staaten einmal die Hand auf das fürstliche Familiengut gelegt worden ist, auch noch ferner und in anderer Weise darüber verfügt werden wird. Zu gleicher Zeit macht sich die Unmöglichkeit der Fortexistenz der kleinen Staaten mehr und mehr fühlbar. Daher die Versuche, sich auf dem Wege des Vertrags einer nicht mehr haltbaren Souveränität zu entledigen, oder doch dieselbe auf größere Staatencomplexe zu übertragen. Gewiß wäre es vortheilhafter gewesen, sich in dieser Beziehung einer früheren vermittelnden Entscheidung zu unterwerfen, als sich in endlose Verhandlungen zu verstricken, durch die alle Bande jener Staaten vollends aufgelöst werden müssen. Wir fürchten, daß, wenn überhaupt hier von Arglist die Rede sein kann, die wahre darin bestand, den kleineren Fürsten ihren Willen zu lassen. Als Beweis hierfür sind wir geneigt, uns auf das eigene Nachwort des Verfassers zu berufen. In diesem werden die angeblichen Sonderbestrebungen der größeren deutschen Staaten und die Unschlüssigkeit Preussens, sich an die Spitze Deutschlands zu stellen, mit scharfen Streichen gezeißelt und Enthüllungen über die Absichten jener Staaten gegeben, deren Wahrheit wir nicht vertreten können, die aber, selbst wenn sie sich als unbegründet erweisen, alle Beachtung verdienen. So heißt es S. 35: „Auch behauptet man, daß, nachdem die Centralgewalt den Gedanken von sich gewiesen hatte, die Widerständigkeit jener Staaten mit der Preisgabe einiger der kleineren zu füttern, der Versuch einer solchen Verschlingung von ihnen auf eigene Hand unternommen worden, und daß es das Mißlingen desselben gewesen sei, welches einen der genannten Staaten auf dem eingeschlagenen Wege der Widerständigkeit zum Stillstande gebracht habe. Wie dem aber auch sei, so scheint es sicher, daß ein anderer Staat sich durch kein vereiteltes Unternehmen von seiner nationalen Selbstvergeßlichkeit hat zurückbringen lassen, ja zur Schmach des deutschen Namens so weit gegangen ist, dieselbe auf dem Forum der europäischen Politik öffentlich zur Schau zu tragen, und bei fremden Höfen gegen eine Handlung Einspruch zu thun, durch welche das Vaterland, von dem jener Staat als ein entarteter Theil handelt, endlich nach Jahrhunderten hofft, seine ihm gebührende Stellung in dem Kreise der Völker und Reiche von Europa wieder einzunehmen.“ Und an einer andern Stelle ist gesagt: „Den endlichen Abschluß einer wirklichen deutschen Einheit, an der die österreichisch-deutschen Lände ohne Umsturz der ganzen Monarchie keinen Theil nehmen können, schüdt man als eine Zerreißung des Reichs, und wird hierbei leider durch das Benehmen Oesterreichs selbst unterstützt, das, nachdem es das Verdienst gehabt hat, die Nothwendigkeit einer gesonderten Bundesstellung beider Reiche zuerst zu erkennen und auszusprechen, doch jetzt nicht Entschlossenheit und Rechtlichkeit genug besitzt, um seiner eigenen Erklärung treu zu bleiben, ja sich das Ansehen gibt, als wolle es, um uns den Verlust einer so lange von ihm ausgeübten Scheinwürde zu vermeiden, noch einmal versuchen, Deutschland und seine Bewegung aufzuhalten, auf die sichere Gefahr hin, sich dadurch nicht nur einen ihm gerade jetzt so dringend nöthigen, kräftigen Bundesgenossen, sondern auch der zu seiner eigenen Kräftigung vor allem erforderlichen inneren Freiheit und Selbstständigkeit zu berauben.“

Nach Durchlesung und Erwägung dieser Stelle könnte es für weniger unwahrscheinlich befunden werden, daß der preussischen Regierung der Vorschlag gemacht worden sei, sämtliche kleinere deutschen Staaten unter die königlichen deutschen Staaten zu vertheilen, und alsdann aus den königlichen Höfen unter dem Vorhange Oesterreichs einen neuen Bundestag zu bilden, und die damit zu verbindende neue Bundesverfassung kraft eigener Gewalt zu retroviriren. Es wird uns schwer, an eine solche Sonderpolitik, an den dafür gebotenen Preis und an die angebliche Geburtsstätte dieses Projects zu glauben. Daß die Zerissenheit Deutschlands mit der Verwirklichung auf lange Zeit, und auf eben so lange Zeit der Mißbrauch politischen Einflusses gesichert gewesen wäre, liegt am Tage. Darum eben glauben wir nicht daran. Auch die Politik hat ihre Schamhaftigkeit. Jedenfalls ist aber soviel klar, daß die kleineren deutschen Staaten bis zur Vollendung und Vollziehung der neuen deutschen Reichsverfassung vielfachen Gefahren ausgesetzt sind, und daß sie daher nichts Klügeres thun konnten, als sich unbedingt an das hiesige Verfassungswerk anschließen und in einem einheitlichen und starken Oberhaupt Schutz und Hilfe zu suchen. Die wahre Erkenntniß der Lage Deutschlands hat darin mit dem reinen Patriotismus glei-

chen Schritt gehalten, und wir hoffen, daß auch die größeren deutschen Staaten sich keiner blinden Sicherheit hingeben, vielmehr einsehen werden, daß, was Allen frommt, auch ihnen zu gute kommen muß.

Deutschland.

* **Frankfurt, 28. Jan.** Auch die oldenburgische Regierung hat gleich der hannoverschen auf die Aufforderung des Reichsministeriums des Handels die erforderlichen Schritte bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gethan, um das Hinderniß zu beseitigen, welches der Handelsvertrag zwischen Nordamerika und Hannover, dem Oldenburg beigetreten ist, der deutschen Zollvereinigung in den Weg legt. Obwohl eine Erwiderung von Washington noch nicht erfolgt ist, ist doch Grund vorhanden, es für unzweifelhaft zu halten, daß man dort mit aller Bereitwilligkeit auf die Wegräumung derjenigen Hemmungen eingehen wird, welche die Begründung eines commercieellen einigen Deutschlands in den Verträgen jetzt noch entgegenstehen.

* **Frankfurt, 28. Jan.** Eine Zierde unsers Freistaats wurde uns heute früh durch den Tod entziffen: Johann Friedrich v. Meyer, einer der ältesten Senatoren, der die höchsten Würden der Republik als Rechtsgelehrter und Staatsmann bekleidete, starb in dem vorgerückten Alter von 76 Jahren, bis zuletzt thätig in seinen Aemtern als erster Syndicus und Präsident der Gerichte, sowie als Gelehrter. Er war ohne Zweifel einer der Begabtesten und vielseitigsten Gebildeten unter seinen Mitbürgern, und bedeutsam reibt sich sein theologischer und Dichtername an die ersten Männer von Wissenschaft und Kunst, die diese Stadt hervorgebracht. Unsterblich macht ihn Luthers erneuertes Bibelwerk, das eben so sehr den Poeten wie den Theologen forderte. Seine Gattin, geb. v. Zwack-Holzhausen, ging ihm, durch einen Schlaganfall schnell dahingerafft, nur 13 Stunden in die Ewigkeit voran.

Olmütz, 23. Jan. Ein in der Regel gut unterrichteter Correspondent schreibt von hier der „Leipz. Ztg.“: „Die diplomatischen Verhandlungen mit dem Hofe zu Neapel werden nächstens wieder angeknüpft werden. Für den wichtigen Botschafterposten zu London ist Graf Colloredo, zuletzt Bundestagsgesandter, bestimmt. Eine Ministerialveränderung scheint insofern nicht unwahrscheinlich, als man höheren Orts Herrn v. Schmerling gern im Ministerium sähe. — Die Unterbringung des legtbewilligten Anlehens von 80 Millionen Gulden findet viel Schwierigkeiten. Zu deren Beseitigung dürfte, wie das Gerücht umläuft, Bach dessen Stelle erhalten, während Station Minister der Finanzen würde. Eine Systemsveränderung liegt darin durchaus nicht. — Aus sehr guter Quelle kann ich Ihnen berichten, daß über die Auflösung oder Vertagung des Reichstags sowie über die Berufung eines Gesamtreichstages noch immer kein entscheidender Beschluß gefaßt ward. Die Beratungen dauern darüber fort, und nur wenn das Ministerium bei einer wichtigen Principienfrage in der Minorität bliebe, würde ein entscheidender Schritt der Krone erfolgen. So viel ist aber bis jetzt ausgemacht, daß der Hof vor sehr langer Zeit nicht nach Wien zurückkehren und darum der Gesamtreichstag schwerlich dorthin berufen werden wird.“

— **Berlin, 26. Jan.** Vielleicht ist es Ihnen interessant, ein Bild des jetzigen Wahl- und Parteigetriebes nach dem 22. Januar zu erhalten. Es geht in allen vier Wahlbezirken Berlins ziemlich gleich lebhaft zu. Am anschaulichsten aber gestaltet sich die Bewegung im ersten Wahlbezirk, dem größten Berlins, der drei Abgeordnete zu wählen hat. Am Dienstag versammelten sich schon 50 bis 60 Wahlmänner derjenigen Partei, die man die Rechte nennen könnte, in dem Local von Sängern, Friedrichs- und Zimmerstraßenecke. Herr Geh.-Rath Hesse präsidirte und man beschloß, ein Programm zu entwerfen. Am folgenden Tage, Mittwoch Abend, war die Versammlung zwischen 70 und 80 stark und beschloß nach sehr lebhaften und wichtigen Zänkereien über das vorgelegte Programm, lieber gar kein Programm aufzustellen. Dennoch sollten die Anwesenden mit Namensangabe sich bis auf einen gewissen Grad binden. Manche verließen deshalb die Versammlung. Die Hauptprediger waren Geh.-Rath Hestier, v. Viebahn, Landgerichts-Director Döbrecht, Stadtrathsrath Jäglitz, Jädel, Bürgermeister Naunyn, Oberlandesgerichtsrath Gröninger. Die künftigen Versammlungen werden im Schützenhaus abgehalten werden. Die Partei nennt sich selbst die conservative und hatte in dem fallengelassenen Programm wesentlich nur einen Punkt, die Anerkennung der Verfassung, die Revision durch zwei Kammern und eine vorzügliche Berücksichtigung der Gewerbetreibenden bei den Deputirtenwahlen hervorgehoben. Die entgegengesetzte Partei, die Linke, versammelte sich, gegen 200 Wahlmänner

stark, zum ersten Mal am Mittwoch Abend im englischen Hause. Die Anwesenden waren durch gedruckte vom Localcomite für volksthümliche Wahlen ausgegebene und unterzeichnete auf den Namen lautende Karten legitimirt. In dieser Versammlung zeigte sich bei weitem mehr Einheit, Kraft und organisirende Fähigkeit. Eine gemäßigt-demokratische Wahrheit ließ die extremen Meinungen des Herrn Agathon Benary und Anderer sehr wenig zur Geltung kommen. Man setzte ein Comite ein, regulirte die Formation und bestimmte eine Commission von 7 Personen, darunter der Kreisgerichtsassessor Paalzow und Kreisgerichtsrath von Rönne zu den Radicales zu rechnen sind, zur Entwerfung eines Programms. Dies Programm wird heute, Freitag Abend, der Versammlung gedruckt vorgelegt werden. Die Commission arbeitete die ganze Nacht daran. Im Eingange wird hervorgehoben, daß das Volk die constitutionelle Monarchie wolle — damit will man den Verdacht des Republikanismus beseitigen — dann folgt eine Aufzählung der Volksrechte und Freiheiten, die die Partei verlange, und gegen den Schluß ein Paragraph über die Verfassung, der mehr eine Ansicht über die zu erzielende innere Zufriedenstellung des Volkes, als eine bestimmte Stellung gegenüber der Verfassungsurkunde vom 5. Dec. ausspricht. Eine dritte Partei, die ich einstweilen die des muthmaßlichen Centrums nennen will, war gestern Abend im Begriff, bei Herrn Reimer, Wilhelmstraße Nr. 73, sich zu bilden. Dr. Reimer führte den Vorsitz, Herr Präsident Bornemann, um dessen Namen sie sich scharen zu wollen scheint, das Protocoll. Herr Reimer wies in seiner Eröffnungsrede auf die Nothwendigkeit hin, ein Centrum zu bilden. Inzwischen hatten sich mehrere Herren aus der Partei des Schauspielhauses eingefunden, um die bei Reimer Versammelten zu einer sofortigen Vereinigung mit der ersten Partei zu veranlassen. Das waren namentlich die Herren Jäglitz, Odebrecht, Buchhändler Dunder, Stadtverordneter Schäffer und Kneis. Gegen eine Centrumpartei sprach Herr Kreisgerichtsrath Mollard. Dafür und gegen die sofortige und ohne weiteres erfolgende Vereinigung mit der Schauspielhausgesellschaft die Herren Bornemann und Salvati. Man beschloß endlich, ohne sich damit definitiv anschließen zu wollen, die Sitzung im Schauspielhause zu besuchen und begab sich in corpore dahin. Dort kam indessen nichts Wesentliches vor. Erst debattirte man etwas für und gegen ein zu bildendes Centrum, dann ließ man die Frage fallen, wählte einen definitiven Vorsitzenden und ein Comite — die Wahl fiel mit 48 Stimmen unter 110 — auf Herrn Justizrath Heppert — und beschloß sich dann mit dem Modus, wie Abgeordnete vorgeschlagen werden sollten. Die aus der Reimer'schen Versammlung Herübergekommenen werden sich aus dieser Debatte sehr wenig haben entnehmen können und die beabsichtigte Vereinigung wird daher wohl so ohne weiteres noch nicht zu Stande kommen. Auf welcher Seite die Majorität der Wahlmänner sich befinden wird, ist wohl immer noch unentschieden. Ähnlich wie im ersten Bezirk gestaltet sich die Sache in den anderen drei Bezirken, weshalb ich es bei der Schilderung der Parteibewegungen in jenem bewenden lasse.

Der bekannte Orientalist Dr. Goldstücker, berichtet die „Const. Corresp.“, welcher sich bei der hiesigen Bibliothek mehr als ein Jahr lang mit wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt haben soll, und kurz vor Beginn der Wahlen auf ausdrückliche Anordnung Wrangels ausgewiesen wurde, veröffentlicht von Potsdam aus einen Protest gegen die Rechtsgültigkeit der Wahlen seines Bezirks, indem er zugleich die Einleitung einer Neuwahl und sofortige Aufhebung der ohne Angabe von Gründen wider ihn verhängten Maßregel der Ausweisung beantragt. Als Grund gegen die Rechtsbeständigkeit der Wahlen führt er an, daß durch die irreführenden Anweisungen des Bezirksvorstehers die Wahlversammlungen vieler Bewohner des Bezirkes verhindert, d. h. thatsächlich verboten worden seien. — Auch Herr v. Bülow-Cummerow tritt in der „Spen. Ztg.“ mit einem Protest hervor. In mehrere Zeitungen war nämlich eine Nachricht der „Düsseldorfer“ übergegangen, welche ihn als den Urheber der berüchtigten Enthüllungen bezeichnete. Er erklärt nun diese Behauptung für unwahr und erwidert, indem der Verein zur Wahrung der Interessen der Provinzen, welcher jene Enthüllungen unter seiner Firma veröffentlichte, mit ihm, als Vorstand des „Vereins zum Schutze des Eigenthums“, nichts gemein habe. Es scheint aus dieser Verwahrung zugleich hervorzugehen, daß sich unsere hohe Aristokratie in ihren verschiedenen Organen nicht mehr in voller Harmonie befindet.

München, 25. Jan. Als höchst erfreuliche Thatsache, schreibt ein hiesiger Correspondent der „Neuen Würzburger Zeitung“, kann ich Ihnen auf das Bestimmteste melden, daß die bayerische Regierung bereits unter dem 29. Dec. 1848 ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt folgende Instruction, die Einführung der Grundrechte betreffend, hat zukommen lassen: „Es werde ihm nicht entgehen, daß in wenigen deutschen Ländern auf dem Wege der Gesetzgebung dem Volke ausgedehntere Rechte bereits verliehen seien, als gerade in Bayern, und daß hier im Wesentlichen alle jene Einrichtungen bereits in Kraft besäßen, welche zu begründen und zu gewährleisten die Grundrechte bezwecken. Eine materielle Differenz könne demnach als nicht bestehend angesehen werden; daß aber formelle Aenderungen nur auf verfassungsmäßigem Wege und in Uebereinstimmung zwischen Krone und Ständen herbeigeführt werden könne, liege am Tage und sei begründet im Wesen der constitutionellen Regierungsform, bedingt durch den auf die Verfassung des Königreichs geleisteten Eid.“ Warum die Regierung, fährt der Berichtsführer des Würzburger Blattes fort, nicht schon längst diese ihre Ansicht publicirt hat, bleibt allen Freunden constitutioneller Freiheit ein Räthsel. Es hätte die Veröffentlichung dieser Erklärung hingereicht, alle Verdächtigungen in dieser Frage augenblicklich niederzuschlagen, die man gegen die bayerische Regierung nicht müde wird, laut werden zu lassen.

* Dresden, 26. Jan. Sitzung der ersten Kammer. So ist es also doch wahr geworden, womit das Gerücht schon seit länger als acht Tagen die Gemüther mit Besorgniß erfüllt hatte. Wie in der zweiten Kammer, so gab Staatsminister v. d. Pfordten auch in der ersten heute die Erklärung ab: sämtliche Minister (mit Einfluß des Dr. Braun, der wegen Krankheit vor kurzem Urlaub genommen und gestern nach Dresden zurückgekehrt) haben in Betracht allzugroßer Schwierigkeiten, die eine zum Wohle des Landes führende Wirksamkeit nicht zulassen, dem König ihre Entlassung eingereicht, über welche dieser sich eine definitive Entscheidung vorbehalten. Nach dieser Erklärung verließen die Minister den Saal, in welchem ebenso wie auf den überfüllten Tribünen die tiefste Bewegung sich bemerklich machte. Abg. Heubner ergriff zuerst das Wort, um sein Bedauern auszusprechen, indem er andeutete, daß dasselbe ein doppeltes sein müsse, wenn der Rücktritt der Minister mit der — bei uns bekanntlich noch nicht geschehenen — Einführung der deutschen Grundrechte in Verbindung stehe, und wies dann auf die Gefahr hin, wenn in Sachsen die vom Lande lebhaft verlangte Einführung nicht geschehe. Dies würde die bedauernswürdigsten Conflicte im Volke und in den Gerichtshöfen herbeiführen und der Anarchie Thor und Thür öffnen. Nach dem Sprecher, dessen Rede mit einem Beifallsturm von den Galerien belohnt wurde, sprach auch noch Abg. Börsche über den Rücktritt der Minister, den er als ein inhaltreiches Ereigniß bezeichnete. „Aber die Hebel dieses Ereignisses“, schloß er, „wird die Zukunft noch ein ernstes Wort sprechen!“ Möge der sächsische Vermittlungsgeist auch diesmal die trüben Wolken zerstreuen, ehe sie in schwerem Gewitter sich über unser zwischen zwei großen Mächten mitten inne liegendes Land entladen! Als Ursache des Schrittes der Minister, deren Abgang in der That nur eine sehr kleine Partei wünschen mag, welcher es zu volksthümlich ist, scheinen — wenn man guten Quellen nicht misstrauen darf — Schwierigkeiten angenommen werden zu müssen, die aus religiösen Gewissensbedenkenlichkeiten fließen. Die Angelegenheit macht hier das größte Aufsehen.

* Hannover, 25. Jan. Die hiesige „Morgenzeitung“ berichtet nach der „Hildesheimer Zeitung“ von blutigen Händeln, die am 23. Januar Abends in Hildesheim zwischen Bürgern und Soldaten die Folge früherer Reibungen gewesen seien. Um 8 Uhr Abends wurde die Stadt Hildesheim der dortigen Zeitung zufolge „durch Hornsignale und Generalmarsch in die höchste Aufregung versetzt, die hier garnisonirenden Soldaten sammelten sich kampfbereit auf dem Markte, die Bürgerwehr, welche, wie lobend anzuerkennen, sehr zahlreich erschien, marschirte nach der Neustadt, wo eine blutige Schlägerei zwischen Soldaten und Bürgern ausgebrochen war. Es sind auf Seiten der Civilisten, weil die Soldaten sich der blanken Waffe bedienten, bedeutende Verwundungen vorgekommen, man spricht sogar von einem Tode. Ein gewaltsames Einschreiten der bewaffneten Bürgermacht oder gar des Militärs war nicht nöthig, gegen 10 Uhr war die Ruhe vollkommen wieder hergestellt und blieb durch zahlreiche Patrouillen gesichert. Der Tumult hatte übrigens durchaus keinen politischen Charakter.“ Alle Berichte legen den Soldaten die größten Excesse zur Last. Am 23. Nachmittags wurde die Bürgerwehr abermals durch Generalmarsch zusammengerufen, weil die Reibereien zwischen Militär und Volk von neuem ausgebrochen waren. Der Magistrat erließ eine beruhigende Proclamation und in einer kurz vor dem Wiederausbruch der Schlägerei abgehaltenen Volksversammlung wurde beschloffen, eine Deputation an den Landdrosten abzuschicken, um zu bewirken, daß das Militär aus der Stadt gezogen werde. Vor dem Wiederausbruch der Excesse wurde folgende Erklärung erlassen:

Wir unterzeichneten Bürger und Bewohner der Neustadt sehen uns hienüt verpflichtet, öffentlich gegen die Excesse eines toben ausgelassenen Soldatenaufzuges, wie solche am gestrigen Abend hier vorgekommen, Protest einzulegen. Wir hoffen und erwarten zugleich von der Energie des Herrn Obristleutenants v. Brandis, daß nicht allein die Schuldigen zur Strafe gezogen, sondern auch einer Wiederholung solcher Scenen vorgebeugt wird, die den ruhigen und friedlichen Bürger an Gesundheit, Leben und Eigenthum gefährden, dem Soldaten aber nur zur Schande gereichen können. Hildesheim, 23. Januar 1849. (Folgt 17 Unterzeichneten.)

Aus Anlaß der im Vorstehenden berichteten Ereignisse ist heute früh das Gardejägerbataillon und eine Abtheilung Garde du Corps nach Hildesheim abgegangen und dem Leibregiment befohlen, sich marschfertig zu halten.

Fortwährend wird aus hannoverschen Städten und Gemeinden von Feiern und Festlichkeiten aus Anlaß der Grundrechte des deutschen Volkes berichtet.

Göttingen, 21. Jan. Der hiesige Bürgerverein hat folgende Adresse an das hannoversche Ministerium erlassen: „Der Bürgerverein zu Göttingen hat mit großem Bedauern aus den Aenken, welche das königliche Ministerium veröffentlicht hat, ersehen, daß dasselbe die von den Vertretern des deutschen Volkes beschloffenen und von der provisorischen Centralgewalt publicirten Grundrechte des deutschen Volkes nicht unbedingt als zu Recht bestehend ansieht, vielmehr deren Anerkennung von Bedingungen, namentlich von der Zustimmung der hannoverschen Landstände abhängig macht. Das deutsche Volk hat seine Vertreter nicht als Rathgeber, sondern als Gesetzgeber nach Frankfurt geschickt, es sieht in den dort beschloffenen Grundrechten das geringste Maß dessen, wofür es die unbefristete Anerkennung aller deutschen Regierungen fordern darf. Es kann dem königlichen Ministerio, dem ersten, welches aus dem Willen des hannoverschen Volkes hervorgegangen ist, nicht gleichgiltig sein, die Stimmung des Volkes auch in dieser Beziehung kennen zu lernen. Aus diesen Grunde fühlt sich der Bürgerverein zu Göttingen, welcher nur aus volljährigen Bürgern und Einwohnern Göttingens besteht, dem Ministerio gegenüber zu der Erklärung gedrungen, daß er die von der provisorischen Centralgewalt publicirten Grundrechte des deutschen Volkes als gegenwärtig im Königreich Hannover, wie im ganzen deutschen Vaterlande rechtskräftig gültig ansieht und gegen jede Verletzung derselben, von welcher Seite sie auch komme, feierlich protestirt.“

Zugleich hat der Bürgerverein viele hundert Exemplare der Grundrechte in alle Districten der Provinz Göttingen-Grubenhagen zur Vertheilung gesandt und dabei die Aufforderung ergehen lassen, den heutigen Tag, als den ersten Sonntag nach dem Giltigwerden der Grundrechte, als einen Fest- und Freudentag in geeigneter Weise zu begehen, namentlich, wie am 17. Mai v. J. bei Eröffnung des Parlaments Feuer auf den Bergen anzuzünden. Hier

ist der Tag durch eine große Parade der Bürgerwehr mit Rede und Hoch auf das Vaterland gefeiert. Der Märzverein versammelte sich zu einem festlichen Mahle. Bei Eintritt der Nacht loderte ein Freudenfeuer auf dem nächsten Berge empor, worauf alsbald auf verschiedenen Höhepunkten der Umgegend gleiche Signale sichtbar wurden.

Notenburg, 21. Jan. Die nachstehende Petition ist heute aus unserm Volksvereine an das königl. Gesamtministerium abgesandt:

„Mit hochherziger Hingebung an die Organisation einer einheitlich deutschen Nation, an die Schaffung eines einheitlichen Bundesreiches, geben die Fürsten Deutschlands den deutschen Stämmen patriotisch voran. Die regierenden Herren von Baden, Darmstadt, Nassau, Braunschweig, Oldenburg, Mecklenburg und in Thüringen haben die Nothwendigkeit eines einigen und erblichen Reichsoberhauptes, sowie dessen künftige Wahl durch die Reichsversammlung als rechtsgiltig anerkannt, ihre willige Unterordnung angemeldet, und den König von Preußen als ein willkommenes Oberhaupt von Deutschland bezeichnet, vorbehaltlich der festzustellenden Bundesunion mit Oesterreich. Uns durchglüht der Wunsch, daß Hannover, daß das Gesamtthum der Welfen in dem Kampfe um das Recht und das politische Dasein einer großen Nation, eines in Europa ebenbürtigen deutschen Bundesreiches, in den vorderen Reihen stehen möge. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß ein hohes Ministerium eben so richtig, wie es die Gebrechen der inneren Organisation und Verwaltung des Landes erkannt, dann die Volkssache in die eigene kräftige Hand nahm und treu durchzuführen begann, eben so auch vor der größeren nationalen Aufgabe — die Gesamtinteressen der deutschen Nation einer Gesamtregierung mit Volksvertretung zu souveräner Verwaltung zu übertragen, nicht zurückweichen werde. Das nationale Leben steht höher, als dessen Güter und Schmuck. Da ist keine Bzyl. Das nationale Leben aber liegt nur in dem, was Deutschland werden soll und will, eine weltgiltige Nation. — Keine Nation kann in ihre Zerstörung und Vertheilung willigen um untergeordnete Güter und Dinge, oder um einzelne Staatsmänner und große Persönlichkeiten aufrecht zu erhalten. Vielmehr ist es an den Staatsmännern, voraus den Gang des Volkes zu geben. — Wir bitten daher, ein hohes Ministerium so dringend als eheerbetig: für die Krone Hannover eine den bisherigen fürstlichen Erklärungen gleichlautende Beitrittsacte zu vermitteln.“

Notenburg, den 21. Januar 1849. (Folgt die Unterschriften.)

Stuttgart, 26. Jan. Mit dem Gesetzesentwurf über Bannrechte kam die Kammer der Abgeordneten heute zu Ende. Ohne Entschädigung aufgehoben werden die Bannrechte, welche der Staatsfinanzverwaltung, dem Hofkammergut, einzelnen Gemeinden, öffentlichen Stiftungen innerhalb ihres Bezirkes zustehen. Entschädigung wird geleistet für die Aufhebung der auf privatrechtlichem Titel beruhenden Bannrechte: Die eine Hälfte der Entschädigung wird von der Staatskasse, die andere Hälfte von den Bannpflichtigen, sofern für die letztere die Gemeinde nicht freiwillig ganz oder theilweise eintritt, in den übrigen Fällen aber von der Kasse der Gemeinde oder des Orts, worüber das Bannrecht sich erstreckt, geleistet. Die Anmeldefrist eines Entschädigungsanspruches wird auf 90 Tage bestimmt. Die Vorschriften über die Einrichtung des Schätzungsverfahrens sind denjenigen des Zehntabstufungsgesetzes nachgebildet. Art. 11 setzt fest, daß bei der Werthsermittlung des aufgehobenen Bannrechts oder Gewerbsmonopols die Schätzer den jetzigen und den künftigen Verkaufswert zu bestimmen haben, wodurch die Hälfte des Unterschiedes dieser beiden Verkaufswerte die dem Berechtigten zu leistende Entschädigung zu bilden habe. Sautter beantragt, daß die Entschädigung bestimme in der Differenz zwischen dem jetzigen und künftigen Nutzungswert, und Febr. v. Linden wünscht, es sollen die Schätzer wenigstens beide Werthe zu Grunde legen dürfen. Wie es von Eplingen aber sagt, daß gerade durch die Festsetzung des Ertragswerthes das Geschäft im Großherzogthum Hessen gescheitert sei, und es bleibt beim Regierungsentwurf. Bei den Aufsetzungen, welche derartige Rechte in der öffentlichen Meinung unterworfen sind, kann ihr wirklicher Werth nicht höher als zur Hälfte dessen angenommen werden, was ihr Verkaufspreis betrüge, wenn diese Rechte unangetastet von der öffentlichen Meinung wären, und ihre Besitzer daher nicht deren Aufhebung ohne oder gegen nicht volle Entschädigung zu befürchten hätten. Die Kosten des wegen der Entschädigung für die gesetzliche Aufhebung der Bannrechte eintretenden Verfahrens haben die beteiligten Berechtigten und Entschädigungspflichtigen zu tragen. Die ausschließlichen Gewerberechte werden allgemein aufgehoben, und denjenigen, welche privatrechtlich eine Ausschließungsbefugnisse besaßen haben, Entschädigung zuerkannt. Als privatrechtlich sind nur diejenigen Gewerbeanschließungsbefugnisse anzusehen, bei welchen zum Vortheil des Beliebigen, nicht aus allgemeinen gewerbepolizeilichen Rücksichten, Jemanden durch die frühere zuständige Obrigkeit ein dauerndes Monopol verliehen worden ist. Als Art. 18 wurde der Commissionsantrag angenommen: Realberechtigungen, welche mit keiner Ausschließungsbefugnis verbunden sind, bleiben bestehen. Reyscher namentlich vertheilte diese Bestimmung lebhaft, indem er ausführte, es seien nicht einmal Gründe zur Aufhebung vorhanden, geschweige zur unentgeltlichen, wie der Regierungsentwurf verlangt hätte; es seien diese Rechte von keinem volkswirtschaftlichen Nachtheil, und es erscheine durchaus nicht zu rechtfertigen, wenn man das Vermögen, wo es noch vorhanden, vollends zerstöre.

Freiburg, 26. Jan. (Fr. Z.) Die Anlagekammer unseres Hofgerichts hat das Erkenntniß gefällt, daß Frau v. Struve in Anlagestand zu versetzen sei. Der Gefangene, die sich in dem hiesigen Gefängniß befindet, ist dieses Erkenntniß heute Morgen eröffnet worden.

Darmstadt, 25. Jan. Unser Großherzog, den alle Parteien hochachten, ist immer noch unwohl, so daß in der letzten Zeit abermals eine öffentliche Bekanntmachung wegen Hinausschiebung der öffentlichen Audienzen erfolgte. Sein Uebel ist eine hartnäckige Erkältung, die er sich um Weihnachten gelegentlich einer Musterung der hiesigen Bürgerwehr zuzog. (S. M.)

Mainz, 27. Jan. Bei den Erdarbeiten an unserer Ludwigs-Eisenbahn wurden heute zwei Arbeiter verschüttet, wovon der eine binnen wenigen Stunden verschied, der andere lebensgefährlich darnieder liegt. — Der „Glöckner von Notre Dame“, welcher gestern, nach achtjähriger Entfernung vom Repertoire, im Theater zur Aufführung kam, rief im Publikum, wegen einiger Veränderung des Stüdes in Kostüm und Worten, eine große Aufregung hervor, weß-

halb der Vorhang einige Mal fiel; alles Parlamentiren half nichts und nur die getreue Aufführung des Stückes befriedigte die sehr zahlreichen Anwesenden. Morgen wird das Stück wiederholt.

Schleswig, 23. Jan. Ueber das bereits gestern kurz erwähnte Gefecht berichtet die „Börsenhalle“: Nachdem die Dänen lange Zeit vergeblich gesucht haben, durch unablässige Aufwiegeleien, namentlich durch die überall heimlich verbreitete Proclamation des Königs von Dänemark vom 15. Dec. v. J., die Nordschleswiger zum Aufruhr zu verleiten, haben in diesen Tagen selbst dänische Freischaren von Ripen und von Jütland aus einen Einfall auf schleswigisches Gebiet gemacht. Nachdem es diesen vor ein paar Tagen gelungen war, eine kleine Abtheilung Dragoner von 10 Mann, die in Scherrebek lag, zu einer rückgängigen Bewegung zu nöthigen, ist es gestern, nachdem aus der Stadt Hadersleben und von Flensburg Verstärkungen nach dem Westerlande Hadersleben geschickt waren, zu einem förmlichen Gefecht bei Bröns gekommen. Dem Rittmeister v. Numohr, welcher unsere Truppen im Westerlande Hadersleben commandirt, ward gestern Morgen gemeldet, daß ein 5—600 Mann starker, mit Piken und Flinten bewaffneter Haufe von der jütischen Grenze her in Schleswig eingefallen und bereits bis Reibbye gekommen sei. Er zog sogleich mit einer Schwadron Cavallerie und einer Abtheilung Jäger (lauter schleswigische Truppen) den Dänen entgegen und traf bei Bröns mit ihnen zusammen. Während er durch gütliches Zureden die Auführer zum Niederlegen der Waffen bewegen wollte, fiel von dänischer Seite ein Schuß, durch den einer unserer Dragoner getödtet wurde. Nun wurde sofort zum Angriffe commandirt, und nach einem kurzen Gefechte waren die Dänen gänzlich geschlagen und zerstreut. Außer dem erwähnten Dragoner ist auf unserer Seite noch ein Jäger gefallen. Von den dänischen Freischärlern sind 3 gefallen, 4 schwer und 22 leicht verwundet und gefangen, die übrigen in die Flucht geschlagen; außerdem sind noch einige Pferde und Waffen erbeutet. Die Verwundeten sind nach Tondern ins Hospital, die übrigen Gefangenen nach Hadersleben geschickt. Dieser Einfall ist somit vorläufig abgeschlagen; es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß bald mehrere ähnliche Versuche nachfolgen, und es sind deshalb sofort mehrere Truppenabtheilungen nach dem nördlichen Schleswig zum Schutze der Grenze abgegangen.

Aus sicherer Quelle theilt die „Börsenhalle“ vom 24. Jan. mit, daß am 23. Jan. der dänische Post in Hamburg die offizielle Anzeige zugangen, die bisherige fünfjährige Quarantäne in Kolding hore von jetzt an auf.

Altona, 23. Jan. Aus dem Norden der Herzogthümer gehen fortwährend unerfreuliche Nachrichten ein. Während in diesem Augenblicke der Friede verhandelt wird, fühlt sich der Haß der Dänen an deutschen Reisenden in Jütland und fallen jütische Grenzer ins nordschleswigische Gebiet ein. Die schleswig-holsteinische Landpost wird an der Grenze insultirt und der Fanatismus ist bei den rohen Jüten so eingeleistet, daß selbst Frauen sich nicht entblöden sollen, an den Insulten thätigen Antheil zu nehmen. So ist auch dieser Tage in der schleswig-jütischen Enclave Ballum ein Trupp von mehreren Hunderten als Landsturm bewaffnet von jenseits der Grenze erschienen, um die dort cantonirenden schleswig-holsteinischen Jäger zum Kampfe herauszufordern. Der Offizier des Jägerdetachements gab indeß, obgleich mehrere Schüsse auf ein von Jägern besetztes Haus fielen, Befehl, sich zurückzuziehen und die Feindseligkeiten nicht zu erwidern. Man sollte glauben, daß in civilisirten Ländern, zu denen doch Dänemark auch gerechnet sein will, solcher Bandalismus zu den Unmöglichkeiten gehöre; aber es ist Thatsache, daß unter den Augen der dänischen Behörden sich raub- und mordfüchtige Banden organisiren und durch Ueberfälle die schleswigischen Grenzdistricte beunruhigen. Die Mäßigkeit, welche man deutscherseits solchem Beginnen bisher entgegengegesetzt, hat aber auch ihre Grenzen, und mit Recht mahnt der schleswig-holsteinische Regierungskommissär für Nordschleswig, Hr. Vargum, daß man endlich den dänischen Uebergriffen etwas mehr Energie entgegensetze. — Die Landesversammlung, welche auf den 26. d. M. in Schleswig convocirt worden, wird sich nicht bloß mit der Friedensfrage, sondern auch mit der Oberhauptsfrage beschäftigen, um gewissermaßen einen officiellen Gesinnungsausdruck über diese so wichtige Angelegenheit Namens Schleswig-Holsteins auszusprechen. — Noch sei erwähnt, daß in Apenrade ein neues Kauffahrteischiff „Beseler“ getauft worden. — Da die Elbe in Folge der milden Witterung wieder ganz fahrbar geworden, so werden wir bald wieder transatlantische Kauffahrer mit reichen Ladungen ankommen sehen, welche bereits in Cuxhaven sind. Unsere Hafenbewohner haben, gleich denen Hamburgs, die betäubende Aussicht, die Elbe fortwährend steigen zu sehen, so daß man, wenn keine Witterungsveränderung eintreten sollte, eine kleine Sündfluth befürchtet.

Koburg, 25. Jan. Der Herzog von Coburg-Gotha ist nach Dresden und Berlin gereist, man vermuthete nicht mit Unrecht, daß dies in politischer Beziehung zu deuten sei und wie wir aus sicherer Quelle entnehmen können, hat der Herzog ebenso eifrig in Dresden wie in Berlin, bei den höchsten Stellen wie bei den Ministerien, für die entschiedenste, kräftigste Beendigung der deutschen Oberhauptsfrage gewirkt. Man kann dies nur ganz natürlich finden bei einem Mann, der stets mit ganzer Seele der freien Entfaltung und festen Einigkeit des Vaterlandes sich hingegen hat und der erste war, welcher aussprach, alle Opfer bringen zu wollen, die der Einheit des großen Vaterlandes, dem Ganzen noth thäten. — Die Stimmung, die der Herzog an beiden Höfen, namentlich in Berlin gefunden hat, soll eine sehr erfreuliche, beruhigende gewesen sein, eine echt deutsche, so daß, wenn man jetzt in Frankfurt nicht „das Kind mit dem Bade ausschüttet“, eine friedliche, versöhnliche Lösung zu erwarten ist.

Detmold, 21. Jan. Vor mehreren Tagen wurden zwei Häupter der roth-republikanischen Partei in Lemgo gefangen genommen und hier festgesetzt. Mancherlei Gerüchte

kreuzten sich schon damals, daß die „Rothten“ dies nicht auf sich sitzen lassen würden. So rückten denn wirklich heute Nachmittag um 2 Uhr ungefähr 5—600 Mann aus Lemgo und den umliegenden Dörfern in unsere Stadt, um die Gefangenen zu befreien. Als bald sandten sie eine Deputation aufs Schloß zum Fürsten, um die Freilassung auf gütlichem Wege zu erwirken. Dieser ließ aber die Abgesandten gar nicht vor sich, viel weniger gab er den Befehl zur Begnadigung, was er ohnehin als constitutioneller Regent ohne Zuziehung der Regierung nicht konnte. Einige Bürger, die zur Ruhe reden wollten, wurden von der tobenden Menge überschrien. Nun ward der Platz vor dem Schlosse abgesperrt, die Soldaten consignirt. Um 4 Uhr erschien auch die Bürgerwehr, patrouillirte in den Straßen, die am dichtesten besetzt waren, und zerstreute die Masse durch einige Bajonettangriffe. Die Bürgerwehr wurde mit furchtbarem Toben empfangen, und der Haufe versuchte, die Schloßgitter zu erbrechen, was ihm aber nicht gelang. (3. f. M.)

Schw e i z.

Bern, 26. Jan. Die Unruhen im Bernerischen Jura bestrafen das Dorf Saignelégier. Gemeinderäthe an der Spitze, drangen fanatisirte Haufen in die Bureau der Staatsbeamten und mißhandelten dieselben, weil die Ursulinerinnen ausgewiesen werden sollten. Der Regierungsrath hat Truppen und einen Commissär dorthingeschickt.

Frankreich.

Paris, 26. Jan. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der von Grevy über den Antrag Rataur's, die Auflösung der Nationalversammlung betreffend, erstattete Bericht verlesen. Es wird in demselben das Mandat der Versammlung als noch nicht vollendet erklärt, und auf genaue Erfüllung des Artikels 115 der Verfassung, mithin auf Verwerfung aller eine Auflösung der Nationalversammlung bezweckenden Maßnahmen angetragen. Die Discussion darüber wird am 29. stattfinden. In der heutigen Sitzung verlas der Minister des Innern Leon Faucher einen auf gänzliche Aufhebung der Clubs gerichteten Gesetzentwurf. Derselbe lautet: Die Clubs sind verboten; die Zuwiderhandelnden trifft eine Strafe von 100 bis 500 Franken. Der Minister bezeugte diesen Entwurf, der begreiflicher Weise von der Linken nicht sehr günstig aufgenommen wurde, als einen dringlichen. (Wir tragen das Ausführlichere dieser Sitzung in der Beilage nach.) — Die Bauern fangen nach und nach an, unruhig zu werden und auf Erfüllung der Versprechungen zu dringen, welche ihnen vor der Wahl des Präsidenten der Republik von dessen Emissären gemacht worden sind. Im Lot-Departement hat am 20. d. M. bei Gelegenheit der Steuererhebung eine ernstliche Emute stattgefunden. Die Bauern weigerten sich hartnäckig, die Steuern zu bezahlen, und schlugen das Militär zurück, welches der Präfect in die insurgirten Dörfer um Gourdon gesendet hatte, so daß eine Verstärkung von 700 Mann mit schwerem Geschütze nachgeschickt werden mußte, denen es endlich gelang, die Ruhe wieder herzustellen.

Auch in Paris scheint man den Ausbruch einer Emute für sehr wahrscheinlich zu halten. Alle Truppen sind in den Casernen consignirt und starke Patronenvorräthe herbeigeschafft worden. Der Minister des Innern hat — ein weiterer Beweis, daß das Cabinet die größte Vorsicht beobachtet — an die Präfecten folgendes Rundschreiben erlassen: „Mehrere Präfecten haben geglaubt, ihre Posten verlassen und sich nach Paris begeben zu dürfen, ohne vorher beim Minister anzufragen. Ich kann ein solches Verlassen des Amtes in einer Republik um so weniger dulden, wo die Erfüllung der amtlichen Pflichten dringender ist als sonst. Ich mache daher bekannt, daß jeder Präfect oder Unterpræfect, welcher seinen Posten ohne vorherigen Urlaub verläßt, als entlassen betrachtet wird.“

Nach dem neuesten Bankbulletin sind die Portefeuille's von Paris und den Departements um etwa 4 Millionen gefallen.

In Folge eines auf die Mobilgarde bezüglichen Erlasses des Präsidenten wird dieselbe vom 1. Febr. ab nur noch 12 Bataillone (statt 24) zählen, jedes Bataillon zu 990 Mann, von denen die Gemeinen täglich 1 Fr. 20 Ct. und resp. 1 Fr. 10 Ct. Sold beziehen. 1848 kosteten die Mobilten 12 1/2 Million Franken, welche Summe in diesem Jahre auf 7,600,000 Fr. reducirt werden soll. Diese Ersparniß bildet das eigentliche Hauptmotiv der vielbesprochenen Maßregel.

Aus Toulon vom 21. Jan. erfährt man, daß 1500 Mann auf dem „Christoph Columbus“ nach Algier eingeschifft worden sind.

Spanien.

Madrid, 20. Jan. Der Finanzminister hat den Cortes einen auf die Reorganisation der Ferdinandsbank bezüglichen Plan vorgelegt.

Großbritannien.

London, 25. Jan. Gestern ward im auswärtigen Amte ein mehrstündiger Cabinetrath gehalten, dem sämtliche Minister beiwohnten. Die Antwortadresse des Oberhauses wird Lord Bruce beantragen und Lord Bateman unterstützen. Die Course der Fonds und Bahnactien blieben gestern und heut fast unverändert. Das westindische Postdampfschiff, welches gestern auf der Höhe der Schiffsinsel anlangte, hat 1,250,000 Dollars am Bord.

Aus Philadelphia wird unterm 9. Jan. gemeldet, daß ein aus Californien zurückgekehrter Herr Carter für 300,000 Dollars Gold mitgebracht hatte, welches in Barren geschmolzen werden sollte. Alle Berichte aus San Francisco bestätigen den Goldreichtum der Fußgebiete des Sacramento und der Zweigströme; es heißt auch, daß es dort Diamanten gebe, und daß in Texas und Santa Fe ebenfalls reiche Goldgegenden seien. Andererseits wird aus Californien darüber geklagt, daß Raub und Mord ungeheurer geübt würden und daß es für Leben und Eigenthum gar keine Sicherheit gebe; viele, die große Massen Goldes zusammengebracht hätten, seien kurz darauf verschwunden, d. h. ermordet worden; alle Laster seien unter den Gold-

suchern im Schwunge. Das britische Dampfschiff „Pandora“ hatte zu San Francisco für 280,000 Dollars Gold am Bord genommen, welche zu Panama gelandet, von dort über die Landenge nach Chagres geschafft und auf einem der königlichen Postdampfschiffe nach Southampton gebracht werden sollten. Die erste Zufuhr californischen Goldes ist somit nächstens in England zu erwarten.

Die britische Armee wird um 10,000 Mann reducirt werden; eine Verminderung, welche hauptsächlich auf die im innern Dienste verwendeten Truppen Bezug haben wird.

Nachricht.

Nach Wiener Briefen vom 24. Januar erhält sich dort in ziemlich unterrichteten Kreisen der Glaube an einen bevorstehenden Ministerwechsel. Stadion, heißt es, soll das Ministerium der Finanzen übernehmen; nach der Leitung der inneren Angelegenheiten überkommen und Schmerling mit dem Portefeuille der Justiz betraut werden. Kraus, spricht man, gehe als Gouverneur von Galizien nach Lemberg ab, ein Umstand, der das Gerücht von der Erhebung Jalesky's zum Unterrichtsminister zu bestätigen geeignet wäre. — Italiens Angelegenheiten riefen in der letzten Zeit eine trübe Stimmung in unserer Residenz hervor. Einige hier auf Urlaub befindliche Offiziere erhielten gemessenen Befehl, binnen zweimal 24 Stunden zur Armee in Italien zurückzukehren. Radeky, heißt es ferner, sei gegen Venedig vorgeschritten, und befinde sich dormalen in Brescia. — Das Wasser ist seit heute Morgen in allen Theilen der Leopoldstadt, selbst an den zum tiefften gelegenen Punkten, gänzlich zurückgetreten und das Eis an der Donau gesunken.

Wieder ist eine Schildwache und zwar bei Hegendorf meuchlings erschossen worden. Eine Division Grenzer cernirte am Morgen sogleich die Umgegend; dennoch gelang es nicht, dem Thäter auf die Spur zu kommen. Der Kaiser hat dem Gemeinderath 500,000 fl. C. M. zur Unterstützung der Nothleidenden überwiesen, gewiß ein Bedürfnis, da die Eigenthumsverbrechen in Wien in bedenklichem Grade von Tag zu Tag überhand nehmen. Aus Ungarn wenig Neues. Auch dort tritt die südslavischen Presse in Opposition gegen das Ministerium Stadion.

Silbesheim, 25. Jan. Die Stadt ist wieder ruhig und ein Ausbruch ähnlicher Excesse für heute und die folgenden Tage wohl nicht zu fürchten. Das Militär ist aus der Stadt zurückgezogen und in den Casernen consignirt, die Bürgerwehr hält die Wachen besetzt. Auf der Eisenbahn ist ein Gardejägerbataillon eingetroffen. Wie es heißt, sollen uns heute noch mehrere Truppen auf der Eisenbahn zugeführt werden. (Hild. 3.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 28. Januar. Das Geschäft in heutiger Effectenbörse animirt, die Fonds allgemein beliebt, und viele Sorten zu verbesserten Preisen umgelegt. 5pCt. Met. bis zu 77 1/2 pCt. verhandelt, schließen 77 3/8, 1/2, 2 1/2 pCt. ditto bleiben 41 1/2, 41 pCt., Wiener Bankactien 1238 fl., 500 fl. Loose 138 pCt. 250 fl. Loose sehr gefragt, 83 1/2, 1/2, Kurhessische 40 Rthlr. Loose 26 3/4, Rthlr. G., Badische 50 fl. Loose 50 3/4, Badische 35 fl. Loose 28 1/2, 1/2, Darmstädter 25 fl. Loose 25 3/4, Darmstädter 50 fl. Loose 72 1/2, Nassauer 25 fl. Loose 22 1/2, Sardinische Loose 26 1/2, Fr., Poln. 500 fl. Loose 74 1/2 Rthlr. Von Eisenbahnen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn gefragt 37 1/2 Rthlr., Verbach beliebt 72 pCt. Zaunus in sehr flauer Stimmung; Gerüchte von merklich niedriger zu erwartenden Dividenden vom Jahr 1848, und einige dadurch veranlaßte Verkäufe, warfen den Cours von 284 auf 277 zurück. 3pCt. inländ. Span. ganz wie gestern 20 3/8 pCt. Geld.

Wien, 24. Jan. 5pCt. Metall. 85 3/4. — 4pCt. 69. — 3pCt. —. — 2 1/2 pCt. 46. — Bankactien 1160. — 500 fl. Loose 157. — 250 fl. Loose 92 1/2. — Nordbahnactien 100 3/4. — Bloggnitzer 99. — Mailänder 67.

Auf neuere schlechtere Anmerkungen war die Börse in Fonds und Actien schwächer, schloß jedoch bei ziemlichem Umsatz wieder fest. Wechsel sehr angeboten. Gold auch matter.

Berlin, 27. Jan. Staatsschuldenscheine 79 1/2 bez. u. Geld, Serhandlungs-Prämiencheine 98 G., Bankanteile 92 1/2 bez. (mit Divid.), Berlin-Hamburg 60 zu machen, Köln-Minden 78 3/4 bez. u. G., Rheinische 51 3/4, Br., Thüringische 50 bez., Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 1/2 à 1/2 u. 3/8 bez. u. Br., Russ. 4pCt. bei Stieglitz 87 1/2 Br., Poln. 500 fl. Loose 74 1/2 ein. bez.

Bei sehr beschränktem Umsatz in Eisenbahnactien behaupteten sich die Course fast unverändert.

Paris, 26. Jan. Stand der Rente: 5pCt. 74. 55. — 3pCt. 45. 15. — Neue 74. 60. — Neue 3pCt. Span. 29. — Innere Schuld 19 3/8 G. — Bankactien 1690. — St. Germain-Eisenbahn 310. — Versailles, rechtes Ufer 120. — Paris-Orleans 695. — Paris-Rouen 440. — Orleans-Bordeaux 377. 50. — Orleans-Vierzon 250. — Rouen-Pavre 235. — Marseille-Avignon 183. 75. — Straßburg-Basel 62. 70. — Nordbahn 386. 25. — Paris-Straßburg 330. — Römische Anlehen 68 1/2, 1/2.

In Folge des Grevy'schen Berichts über den Antrag auf Auflösung der Nationalversammlung fanden viele Verkäufe statt, die einen Rückgang der Renten nach sich zogen.

Madrid, 20. Jan. 3pCt. 20 Papier, n. d. B. 19 1/2, 1/8 à 20 G. — 5pCt. 9 7/8 Geld.

London, 24. Januar. 3pCt. Sticks 90 1/2. — 5pCt. Span. 15 3/8. — Neue 3pCt. 28 3/8. — 4pCt. Portug. —. — 2 1/2 pCt. Holländ. 49 1/2.

Amsterdam, 26. Jan. 4 Uhr. 2 1/2 pCt. Integr. 49 3/8, 9/16. 3pCt. Schuld — 59 1/8, 59. — 4pCt. do. 77 1/4, 1/8. — 5pCt. do. 10 1/2, 11. — do. à 510 Pf. St. 11, 10 7/8. — 3pCt. inl. à 6000 fl. 20 1/16, 1/8. — Coupons 7 1/2, 3/4. — 3pCt. Portug. 27 7/8, 13/16. 4pCt. do. 28 7/8. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 83 1/2, 82 3/4. — 5pCt. Metall. 74 1/2, 3/8. 2 1/2 pCt. do. 39 3/8, 9/16.

Die Börse heute im allgemeinen ein wenig flauer. Holländische 2 1/2 pCt. und 4pCt. waren bei beschränktem Geschäft circa 1/8 pCt. schlechter als gestern. Russische 4pCt. auf Verkäufe 3/4 pCt. niedriger. Die übrigen russischen Fonds bleiben sehr fest. Oesterreichische haben sich gut gehalten. Span. und Portug. stellten sich etwas flauer. Brasilianische gesucht und höher. Südamerikanische mit wenigem Geschäft ganz wie gestern. Mexicanische aufs Neue etwas niedriger. Auch Griechische wurden zu niedrigeren Preisen verhandelt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Malten.

V e n a c h r i c h t i g u n g e n .

[190] Bekanntmachung,

Vom Beginn des nächsten Monats an werden mit Genehmigung der beteiligten Gouvernements wöchentlich viermalige Postbotengänge zwischen Ilmenau und Großbreitenbach über Amtgehren in nachstehender Weise eingerichtet werden:

aus Ilmenau: in Großbreitenbach:
am Montag am Montag
" Dienstag um 6 Uhr früh, " Dienstag um 10 Uhr Vormittags,
" Donnerstag " Donnerstag
" Sonnabend " Sonnabend
aus Großbreitenbach: in Ilmenau:
an obigen vier Tagen um 3 Uhr an obigen vier Tagen um 7 Uhr
Nachmittags. Abends.

Mit dieser, zur Correspondenz, Zeitungs-, und — soweit dies durch einen Fußboten thunlich — zur Päckereivermittlung dienenden, Postbotengängen stehen die zwischen Arnstadt und Ilmenau courrenden Personenposten im Zusammenhange.

Frankfurt a. M., im Januar 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.

vdt. Külle.

[234] Bekanntmachung.

Die fälligen Freiherrlich von Drezy'schen Zins-Coupons und verloosten Obligationen werden erhaltener Mittheilung zufolge jetzt in Wien ausbezahlt und können auf Verlangen auch an meiner Cassa coursmäßig umgetauscht werden.

Frankfurt a. M., den 26. Jan. 1849.

Philipp Nicolaus Schmidt.

Mit dem Wapstpruch:

Das ganze Deutschland soll es sein,
erscheint hier vom 1. Febr. 1849 an sechs mal wöchentlich in Folio statt

der Flugblätter

die

Frankfurter Zeitung,

unter

Mitwirkung verschiedener Abgeordneten der deutsch-geknnten Fraktionen des Reichstags

redigirt von

Wilhelm Obermüller.

Inhalt:

Die Verhandlungen der Paulistirche vom laufenden Tage, die wichtigsten Stellen nach stenographischer Aufzeichnung, leitende Artikel, Correspondenznachrichten, Aufschlüsse über den Stand der Parteien und sonstige Mittheilung der politischen Ereignisse des In- und Auslandes.

Der Preis des Blattes sammt Extrablättern für das laufende Vierteljahr bleibt 1 fl. Ausgab. vor Abgang der Abendpost. Man abonniert bei allen Postämtern und in Frankfurt am Main bei der Expedition G. Hoffmann, großer Hirschgraben Nr. 9. [245]

[239] So eben ist in der Joh. Chr. Hermann'schen Buchhandlung (Zeil, dem römischen Kaiser gegenüber) angekommen:

Der Heulerspiegel.

Mittheilungen aus dem Tagebuche

des Herrn

Heulatus von Heulenburg.

Von

(Dr. Heinrich Hoffmann.)

Verlag von G. Mayer in Leipzig. — Preis: 18 Kreuzer.

[136] Annonce.

Ein junger Mann katholischer Religion, von lausmannischer Bildung und bonnetter Familie, der über einen Fond von 12 bis 15 000 fl. zu verfügen hat, walterin zu finden. Es befiht die hierzu erforderlichen Eigenschaften in vollem Maße. Auf einen großen Lucrativen fest begründeten Geschäft anzuwenden, jedoch muß er sich entschließen, an einem kleinen Orte am Rhein sein Domicil zu nehmen.

Wittragende wollen sich in frankirten Briefen unter C. H. D. an die Redaction dieses Blattes wenden; auf anonyme Briefe wird jedoch keine Rücksicht genommen.

[241] Zeil D. 191, erster Stock, sind drei schön möblirte Zimmer zu vermieten.

[159] G. Seine Thibet-Kleider in den schönsten Farben zu 7 fl. bei

L. B. Schuster, Bleidenstraße Nr. 5.

[225] Anzeige.

Die von den Unterzeichneten gestempelten Coupons à N. 12. 50. in Silber pr. 1/13. Nov. 1848 von Hope'schen Certificaten über 50 St. russische Inscriptions werden à fl. 22. 48 fr. im fl. 24 Fuß pr. Stück bei denselben eingelöst.

Frankfurt a. M., den 25. Jan. 1849.

Grunelius & Comp.

[238] Drei schön möblirte Zimmer, mit einem Bedientenstübchen, zu vermieten. Hofmarkt Nr. 20 neu.

I n t e r e s s a n t e B r o c h ü r e n .

Dr. Grävell,

Schluf! Schluf! Schluf!

Sechs Reden, so in der constituirenden Reichsversammlung wegen des Schlufes nicht zu deren Oren gekommen sind und deshalb nun ihren Augen vorgelegt werden, da die Beherzigung noch nicht zu spät ist, nebst einer ausführlichen Betrachtung über ihre Wirksamkeit. 1 fl. 12 fr.

S. Künzberg,

(Mitglied der deutschen National-Versammlung)

Das deutsche Verfassungswerk im Jahre 1848.

Eine geschichtliche Monographie.

30 Kreuzer.

Zu haben bei Sauerländer, Sandgasse Nr. 8 neu.

[185] In einigen Tagen trifft bei mir ein:

Guizot,

de la Democratie en France.

Bruxelles. pet. in 8. (76 Seiten) broché.

18 Kreuzer.

Joseph Baer, Zeil Nr. 5.

[231]

Bekanntmachung.

die Herstellung einer Postverbindung zwischen Worms und Mainz über Westhofen, Obernheim und Röngrsheim betreffend.

Mit dem 1. f. M. wird zwischen Worms und Mainz über Westhofen, Obernheim, Röngrsheim eine zu gleichzeitiger Beförderung von Personen, Briefen und Päckereien eingerichtete Fahrpost hergestellt und in folgender Weise unterhalten werden:

Abgang aus Worms:	durch Westhofen:	durch Obernheim:	Ankunft in Mainz:
täglich 4 Uhr Morgens,	nach 5 Uhr Morgens,	gegen 6 1/2 Uhr Morgens,	gegen 10 Uhr Vormittags;
Abgang aus Mainz:	durch Obernheim:	durch Westhofen:	Ankunft in Worms:
täglich 4 Uhr Abends,	gegen 7 Uhr Abends,	gegen 8 1/2 Uhr Abends,	gegen 10 Uhr Abends.

Das Personen-Geld beträgt bei 40 Pfund Freigepäck:

zwischen Worms und Mainz.	2 fl. — fr.	zwischen Mainz und Westhofen.	1 fl. 32 fr.
" " " Obernheim.	— " 54 "	" " " Obernheim.	1 " 6 "
" " " Westhofen.	— " 28 "	" " " Westhofen.	— " 32 "

nach und von den Unterwegsorten im Verhältnis.

In Obernheim tritt gleichzeitig eine Brief- und Fahrpostexpedition in Dienstwirksamkeit.

Die Fahrpostverbindung zwischen Mainz und Worms über Oppenheim bleibt vorläufig auch ferne, stehen, die Abfertigung des Wagens aus Worms findet jedoch von obigem Zeitpunkt an um 2 Uhr Nachmittags, also eine Stunde früher als bisher, statt.

Frankfurt a. M., den 25. Januar 1849.

General-Post-Direction.

Freiherr von Dörnberg.

vdt. Beckmann.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1849.

Januar.	Barometer bei 0° R.			Thermometer R.			Thermograph.		Wasserhöhe des Rheins.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht.	Tag.	Rh. F.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
1	330''1	329''5	329''7	4'4	6'0	3'2	1'0	7'0	3' 3'	SW.	SW.	—	t.	R.	R.
2	334''5	335''0	334''9	3'0	4'0	1'0	3'0	4'7	8' 9'	WSW.	SW.	—	w.	w.	t.
3	336''0	335''7	335''0	2'0	3'0	2'5	0'8	3'0	9' 6'	WSW.	SW.	—	t.	t.	t.
4	333''9	333''7	334''1	4'4	7'1	6'0	2'3	7'7	5' 2'	WSW.	SW.	SW.	r.	w.	R.
5	336''2	336''1	336''3	5'8	7'8	4'8	5'6	8'0	11' 6'	SW.	SW.	SW.	t.	t.	ht.
6	336''0	335''9	336''2	6'0	7'5	5'2	4'8	8'0	9' 0'	SW.	SW.	SW.	w.	w.	t.
7	336''8	337''1	339''0	4'8	7'8	4'7	4'2	8'0	5' 8'	SW.	SW.	SW.	t.	t.	t.
8	334''8	334''6	335''0	4'3	6'2	3'9	2'8	6'6	7' 7'	—	—	—	—	—	—

Am 14. vor Mitternacht harter Regen bei Sturmwind; am 15. Morgens um 2 1/2 Uhr Ausbruch des Rheineises; am 17. Morgens Nebel; am 18. Vormittags wenig Regen; am 20. Abends um 7 Uhr Regen.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[192] Bekanntmachung.

Die Schuldner des Fabrikanten Ludwig Knoke und seiner Ehefrau Anna Christine geb. Müller werden hiermit aufgefordert, die schuldbelasteten Beträge bei Vermeidung nochmaliger Zahlung an Niemanden als an den bestellten Massepfleger, Hrn. Dr. jur. E. Hard, zu entrichten.

Frankfurt a. M., den 17. Januar 1849.

Stadtgericht I.

Dr. A. Dieke, Secr.

[173] Edictalladung.

Es werden die sämtlichen Gläubiger des überlebenden Bauers Valentin Bauer zu Hieden und dessen Ehefrau, Maria Katharine, geb. Köbig, hiermit aufgefordert in dem auf

den 13. Februar l. J., Vormittags 9 Uhr

in das hiesige Gerichtlocal anberaumten Termin ihre Forderungen unter Vorlage der darüber stehenden Beweiskunden in Person oder durch gehörig legitimirte Bevollmächtigte anzumelden und zu begründen, auch Verleischsvorschläge zwischen dem Gemeinschuldner und den Gläubigern, bezüglich der Letztern unter sich, bei dem Rechtsnachbarn, das die nicht erscheinenden bekannten Gläubiger als dem Beschlusse der

Mehrzahl beistehend erachtet, die unbekannten dagegen nicht berücksichtigt werden, zu gewärtigen.

Zugleich haben sie ihre Erklärung über die Beibehaltung des einstweiligen vom Massecurator bestellten Advocaten Schirde dahier abzugeben.

Neuhof, den 16. Januar 1849.

Kurfürst. Hess. Justizamt.

Merg.

vdt. Weber.

Der Holzhändler Wilhelm Ruppel zu Mainkur ist durch gerichtliche Verfügung vom heutigen Tage provisorisch wegen verschwenderischer Lebensweise der eigenen Vermögensverwaltung entsetzt, und ihm in der Person seines Vaters, des Deconomen Konrad Ruppel zu Mainkur, ein Curator bestellt worden, mit welchem von jetzt an, den Interdicten verbindende Rechtsgeschäfte allein abgeschlossen werden können.

Sodann wird gedachter Wilhelm Ruppel, dessen gegenwärtiger Aufenthaltsort unbekannt ist, hiermit aufgefordert, bis zum 1. März l. J. an hiesiger Gerichtsstelle in Person oder durch einen gehörig legitimierten Vertreter zu erscheinen, und sich gegen den Antrag auf seine Interdiction und die vorliegenden Beweise zu verantworten, und etwaigen Gegenbeweise zu führen, widrigen Falls er nach Ablauf der bestimmten Frist, mit seiner Vertheidigung ausgeschlossen, definitiv für einen Verschwender erklärt, und die Curatel definitiv angeordnet werden wird.

Berg, den 13. Januar 1849.

Kurfürst. Hess. Justizamt.

Kinderhaus.

vt. Avenarius.

[172] Edictalladung.

Alle Diejenigen, welche Ansprüche an das etwa 200 fl. betragende Vermögen des in Ungarn verstorbenen Caspar Hartung von Rothemann, geboren den 11. September 1742, und dessen unbekannt wo abwesenden, wahrscheinlich ebenfalls längst verstorbenen

im Jahr 1776 getorenen Tochter Elisabeth erheben, werden aufgefordert, dieses im Termin den 17. März l. J., Vorm. 10 Uhr, im hiesigen Gerichtlocal zu bewirken und zu begründen, widrigenfalls an jenem Tage das Vermögen den aufgetretenen Intestatanten ausgehändigt werden soll.

Neuhof, den 15. Januar 1849.

Kurfürstliches Justizamt.

Merg.

vdt. Weber.

[169] Decret. Auf Decret des Herzoglichen Hof- und Appellationsgerichts zu Dillenburg vom 21. v. M. Nr. 9456 werden Heinrich Jacob Sälzer von Amdorf, dessen Aufenthaltsort seit dem Jahre 1809 in seiner Heimat unbekannt ist, oder seine Leibes- oder Testamentserben aufgefordert, sich binnen

drei Monaten

hier zur Empfangnahme des Vermögens des genannten Abwesenden zu melden, widrigenfalls dessen aufgetretene Präsumtionen nach Maßgabe der Verordnung vom 21. Mai 1781 in den nunmehrigen Besitz seines Vermögens eingewiesen werden sollen.

Hersborn, den 8. Januar 1849.

Herzogl. Nassauisches Amt.

Becker.

[99] Edictalladung den Concours des Wittm. Peter Thies 2. von Schwidershausen betr.

Nachdem über das Vermögen des Wittwers Peter Thies 2. von Schwidershausen rechtskräftig der Concurs erkannt worden ist, so wird Termin zur Anmeldung dinglicher oder persönlicher Ansprüche auf Mittwoch den 7. Febr. l. J., Morgens 10 Uhr, anberaumt bei Vermeidung des Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Idstein, den 24. December 1848.

Herzogl. Nass. Amt.

Mesler.

Druck von August Ockerlisch.

(Nebst Conversationsblatt und Beilage.)